



PRESSEMITTEILUNG

Nr.: 235
Thema: Bethanien

Redaktion: Frank Hufnagel
Datum: 09.08.2005

WANSNER: BEI BETHANIEN-VERKAUF WIRD BÜRGERENTSCHEID ZU LASTEN DES STEUERZAHLERS MISSBRAUCHT

Der Kreuzberger Abgeordnete der CDU-Fraktion, **Kurt WANSNER**, hat heute den Initiatoren des Bürgerbegehrens gegen den Verkauf des Künstlerhauses Bethanien vorgehalten, eigene Interessen über das Allgemeinwohl zu stellen. Hier instrumentalisiere eine Minderheit das Bürgerbegehren, um die Verkaufsverhandlungen zu torpedieren. Wenn sie sich durchsetzen sollten und damit einen Verkauf verhinderten, würde das den Steuerzahler 600.000 EUR im Jahr kosten, die der Bezirk für die Betriebskosten aufbringen müsse.

„Potentielle Investoren, die verpflichtet werden, künstlerische Projekte im Bethanien-Haus zu erhalten, werden hier regelrecht aus dem Bezirk vertrieben, nur weil sich eine kleine Minderheit den Staat zur Beute macht. Das ist untragbar und wirtschaftsfeindlich“, kritisierte Wansner.

Erschwerend komme hinzu, dass eine Gruppe von Hausbesetzern das Bethanien-Haus seit mehreren Wochen rechtswidrig besetzt halte und der Bezirk ihnen auch noch einen Duldungsvertrag angeboten habe. PDS-Bezirksbürgermeisterin Reinauer und Grünen-Stadtrat Schulz hätten hier Kriminellen Unterschlupf gewährt, die sich zu Lasten der Öffentlichkeit und Bezirkskasse im Bethanien-Haus einquartiert hätten. Dieses falsche und ideologisch motivierte Rücksichtnahme von der PDS und den Grünen sei angesichts der Tausenden von Sozialbedürftigen und Arbeitslosen im Bezirk, die wirklich Hilfe vom Staat bräuchten, unverantwortlich und instinktlos.